L 16 KR 531/10 B

Land
Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht
LSG Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet
Krankenversicherung
Abteilung
16
1. Instanz
SG Köln (NRW)
Aktenzeichen
S 26 KR 105/09
Datum
27.09.2010
2. Instanz
LSG Nordrhein-Westfalen
Aktenzeichen
L 16 KR 531/10 B
Datum
20.10.2010
3. Instanz
Bundessozialgericht
Aktenzeichen
-

Datum
-

Kategorie
Beschluss

Die Beschwerde der Antragstellerin gegen den Beschluss des Sozialgerichts Köln vom 27.09.2010 wird zurückgewiesen.

Gründe:

Auch den zweiten Antrag der Antragstellerin auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe (PKH) und - dies Mal - Beiordnung von Frau Rechtsanwältin U aus L hat das Sozialgericht mit o. g. Beschluss zu Recht abgelehnt. Wegen der Begründung nimmt der Senat auf seinen Beschluss vom 01.03.2010 (Beschwerde gegen die erste Ablehnung der Bewilligung von PKH) Bezug. Ergänzend weist der Senat darauf hin, dass sich keine rechtserheblichen Änderungen ergeben haben, die hinreichende Erfolgsaussichten im Rahmen der Bewilligung von PKH, [§ 73a](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) iVm [§ 114](#) Zivilprozessordnung (ZPO), begründen könnten. Wie dem Senat aus Parallelverfahren bekannt ist, liegt der Expertengruppe "off-label-use", Neurologie, bei dem Gemeinsamen Bundesausschuss kein auf methylphenidathaltige Arzneimittel bezogener Antrag vor. Die Fa. Medice - Arzneimittel Pütter GmbH & Co. KG - berichtet auf ihrer Homepage www.medice.de zwar, wie von der Prozessbevollmächtigten der Antragstellerin zutreffend dargestellt, dass mit der EMMA-Studie inzwischen eine Phase-III-Studie mit Medikinet® retard, einem methylphenidathaltigen Arzneimittel, vorliege, dass aber noch ergänzende Studien erforderlich seien, um die erstrebte Erweiterung der Zulassung des Arzneimittels für den Einsatz im Erwachsenenalter zu erreichen. Ein Systemmangel dergestalt, dass sich aufgrund der vorhandenen Studienlage für den Gemeinsamen Bundesausschuss aufdrängen müsste, eine Aufnahme des Arzneimittels, bezogen auf den Einsatz im Erwachsenenalter, in der Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung vorzunehmen, liegt damit gerade (noch) nicht vor. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass nach einer Presseinformation des Gemeinsamen Bundesausschusses vom 16.09.2010 auf der homepage www.g-ba.de die Verordnungsfähigkeit von methylphenidathaltigen Arzneimitteln aufgrund des Risikos, das für Kinder und Jugendliche mit der Einnahme dieser Medikamente verbunden ist, künftig noch weiter eingeschränkt ist, als das bisher der Fall ist. Der Gemeinsame Bundesausschuss setzt mit dem entsprechenden Beschluss Änderungen der Fach- und Gebrauchsinformationen von methylphenidathaltigen Arzneimitteln als Ergebnis eines europäischen Risikobewertungsverfahrens in der Arzneimittel-Richtlinie um. Es ist nicht auszuschließen, dass sich der aus diesem Verfahren weitere Erschwernisse bzgl. einer Zulassungserweiterung von Medikinet® retard ergeben können.

Der Beschluss ist unanfechtbar, [§ 177 SGG](#).

Rechtskraft
Aus
Login
NRW
Saved
2010-10-28